

Von der Exklusion zur Inklusion im deutschen Bildungssystem Umsetzung, Auswirkungen und Perspektiven

bfp
Bildungsforschung
Bildungsplanung

Vortrag im Rahmen der DAJ-Fortbildung 2013 am 5.12. in Erfurt

Prof. em. Dr. Klaus Klemm
Universität Duisburg-Essen

bfp
Bildungsforschung
Bildungsplanung

Gliederung

1. **Von der Hilfsschule zur Inklusion: Ein historischer Rückblick**
2. **Inklusion: Befunde der empirischen Forschung**
3. **Exklusion und Inklusion: Zentrale Problembereiche**
4. **Umsetzung und Perspektiven**

Abbildung 3.1: Schulstruktur vor 1919

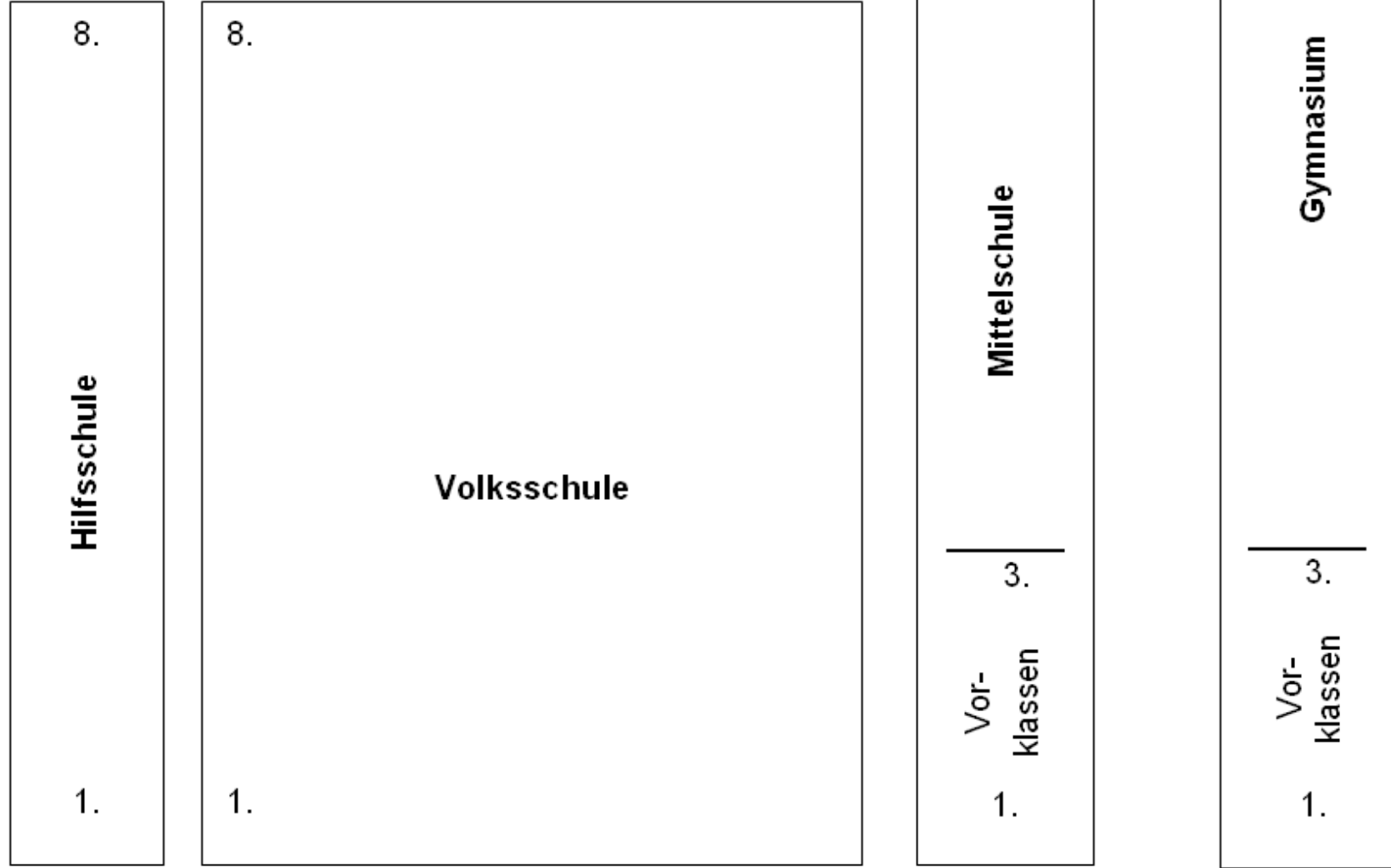
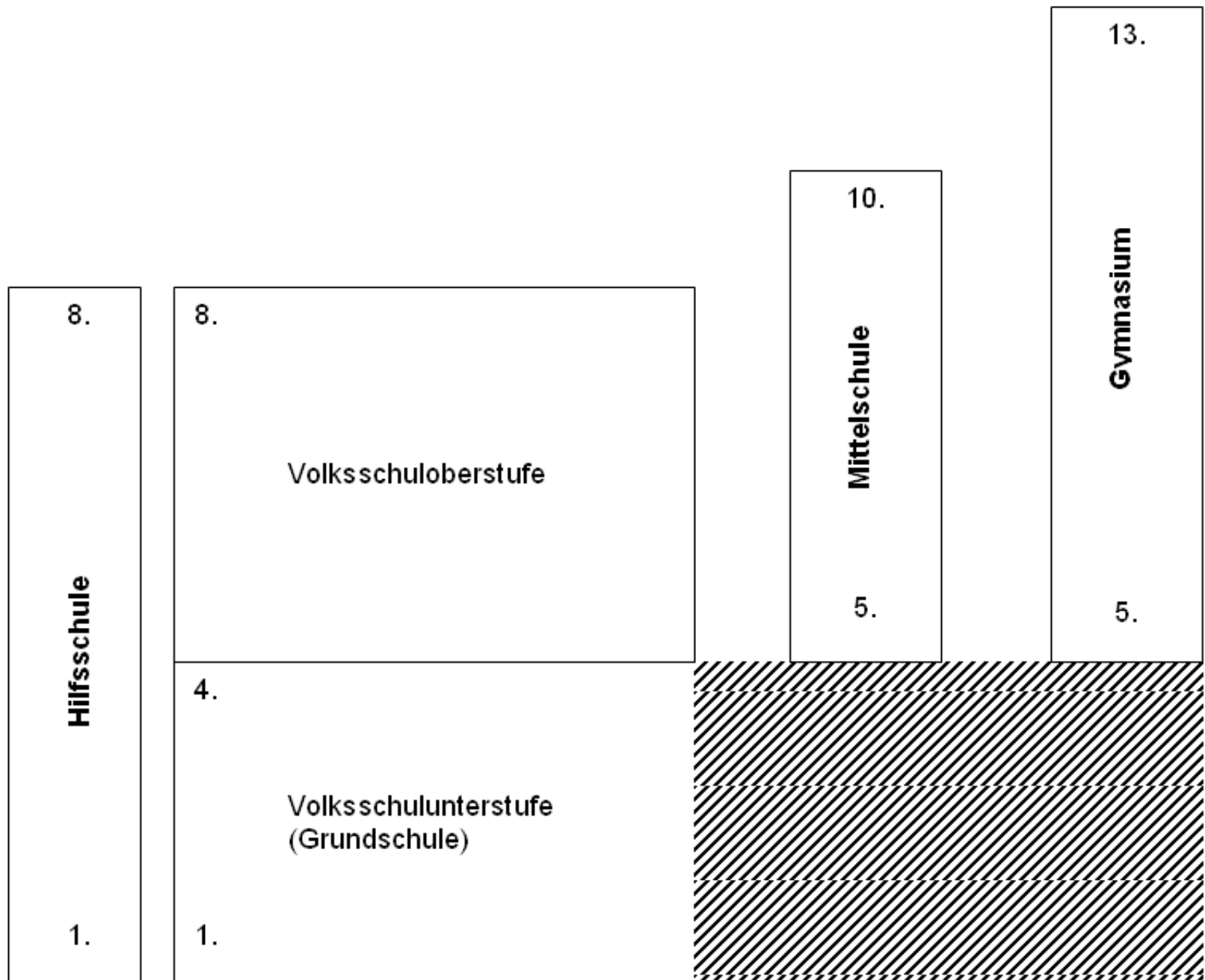


Abbildung 3.2: Schulstruktur ab 1919



Reichsschulkonferenz 1920: Stadtrat Grote,
Hannover - Vorsitzender des Deutschen
Hilfsschulvereins

„Denn nachdem die schwachbefähigten, die taubstummen, die blinden, die schwerhörigen Kinder abgesondert sind, ...müssen die heilpädagogischen Schulen als selbstständig anerkannt werden...Es handelt sich um ein wirklich humanes, ganz neutrales Werk.“

Entwicklung im faschistischen Deutschland

„Die Bestrebungen unseres Staates in Bezug auf die Erbgesundheit machen die Einrichtung der Hilfs-schule und ihre tätige Mitarbeit zur Erreichung dieser Ziele unbedingt notwendig.“ (Erlass des Reichs-ministers für Wissenschaft, Erziehung und Bildung - 1935)

Die Hilfsschule sollte „die Volksschule entlasten, damit ihre Kräfte ungehemmt der Erziehung der gesunden deutschen Jugend dienen können.“ (Preußische allgemeine Anordnung über die Hilfsschulen - 1938)






Die Hilfsschulüberweisung führte automatisch zu einer Überprüfung für eine etwaige Zwangssterilisation.

Entwicklung in der BRD bis 1989




Förderquoten im Gebiet der früheren Bundesrepublik

Zwölfjährige	1952/53	2,0%
	1960/61	3,0%
Siebtklässler	1970/71	4,8%
	1989/90	4,1%

Entwicklung in der DDR bis 1989

-  1951: Verordnung über die Beschulung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit physischen und psychischen Mängeln
-  1965: Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem
-  1976: Direktive für den nächsten Fünfjahresplan, verstärkte Investitionen in den Ausbau des Sonderschulwesens
-  1984 Fünfte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem - Sonderschulwesen
-  Insgesamt 8 Sonderschularten: Blindenschule, Sehschwachenschule, Gehörlosenschule, Schwerhörigenschule, Sprachheilschule, Sonderschule für Körperbehinderte, Verhaltensgestörte, Hilfsschule

Ab etwa 1990 in Deutschland: Von der Exklusion zur Inklusion

-  Beginn ‚gemeinsamen‘ bzw. ‚integrativen‘ Unterrichts im Rahmen von Schulversuchen
-  UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2009 von Deutschland ratifiziert - seither gültiges Bundesgesetz und Umsetzung in die Landesgesetze)
-  Mit Artikel 24 der UN-Konvention verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten dazu „Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen auszuschließen.“ Schulen müssen seither inklusiv arbeiten.

Förderquoten und Inklusionsanteile 2011/12 im Ländervergleich - ohne Stadtstaaten





Land	Förderquote	Inklusionsanteil	Exklusionsquote
Baden-Württemberg	6,9	22,7	5,0
Bayern	6,0	22,4	4,6
Brandenburg	8,4	40,0	5,0
Hessen	5,4	17,3	4,5
Mecklenburg-Vorpommern	10,9	30,4	7,6
Niedersachsen	4,9	11,1	4,3
Nordrhein-Westfalen	6,6	19,2	5,3
Rheinland-Pfalz	4,9	23,0	3,8
Saarland	7,3	39,1	4,4
Sachsen	8,4	23,7	6,4
Sachsen-Anhalt	9,4	20,5	7,5
Schleswig-Holstein	5,8	54,1	2,7
Thüringen	7,2	27,8	5,2
Deutschland	6,4	25,0	4,8

Gliederung

1. Von der Hilfsschule zur Inklusion: Ein historischer Rückblick
2. **Inklusion: Befunde der empirischen Forschung**
3. Exklusion und Inklusion: Zentrale Problembereiche
4. Umsetzung und Perspektiven

Internationale und nationale Studien (zum Förderschwerpunkt Lernen)

sagen:

-  Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf lernen in inklusiven Schulen im Feld kognitiver Kompetenzen mehr und besser.
-  Kinder und Jugendliche ohne Förderbedarf lernen in der inklusiven Schule im Feld kognitiver Kompetenzen nicht weniger.
-  Kinder und Jugendliche ohne Förderbedarf lernen im Bereich des sozialen Lernens in inklusiven settings mehr.
-  Jugendliche mit Förderbedarf aus inklusiven Schulen sind beim Zugang zu einer Berufsausbildung erfolgreicher als die aus separierenden Schulen.

Zur Erfolgsbilanz der Förderschulen Absolventen 2011



**365.719 Förderschüler und
Förderschülerinnen**



**38.534 Absolventen und Abgänger,
davon**



**74,5% ohne einen
Hauptschulabschluss**

Gliederung

1. Von der Hilfsschule zur Inklusion: Ein historischer Rückblick
2. Inklusion: Befunde der empirischen Forschung
3. **Exklusion und Inklusion: Zentrale Problembereiche**
4. Umsetzung und Perspektiven

Verlässlichkeit der Diagnostik?

Inklusions- und Exklusionsquoten - 2011/12

Land/Region	Förderquote	Inklusionsanteil	Exklusionsquote
Mecklenburg-Vorpommern	10,9	30,4	7,6
Rheinland-Pfalz	4,9	23,0	3,8
Deutschland	6,4	25,0	4,8

Biographische Brüche

Inklusionsanteile nach Bildungsstufen (2011/12)

Land/Region	Kindertageseinrichtungen	Grundschulen*	Sekundarstufe I*
Deutschland	67,1	39,2	21,9

*ohne den Förderschwerpunkt ‚Geistige Entwicklung‘

Inklusion im gegliederten Sekundarschulwesen/Inklusion in der Exklusion?

Verteilung der inklusiv unterrichteten Schüler/innen
auf die Sekundarschulen - in Prozent (2011/12)

	Deutschland
Orientierungsstufe	9,2
Hauptschule	34,1
Realschule	4,3
Gymnasium	5,5
Gesamtschule	24,5
Waldorfschule	0,6
Schulen mit mehreren Bildungsgängen	21,9
insgesamt	100,0


Wachsende Inklusionsanteile und steigende/stagnierende Exklusionsquoten!

Land		Förderquoten insgesamt			
		2000	2005	2010	2011
Deutschland	Förderquoten	5,3	5,7	6,4	6,4
	Inklusionsanteile	13,2	14,0	22,3	25,0
	Exklusionsquoten	4,6	4,8	4,9	4,8

Gliederung

1. Von der Hilfsschule zur Inklusion: Ein historischer Rückblick
2. Inklusion: Befunde der empirischen Forschung
3. Exklusion und Inklusion: Zentrale Problembereiche
4. **Umsetzung und Perspektiven**



Umsetzung und Perspektiven: Gesetzgebung

 Derzeit setzen die Länder den Artikel 24 durch Novel-
lierung ihrer Schulgesetze um.




 Dabei zeichnen sich bezüglich des Wahlrechts der
Erziehungsberechtigten zwei unterschiedliche Ausrich-
tungen ab:

- Ein Teil der Länder (z.B. Niedersachsen) lässt die
Förderschulen einzelner Förderschwerpunkte auslaufen
(Lernen in Niedersachsen; Lernen, Sprache, emotionale
und soziale Entwicklung voraussichtlich in Berlin)
- Die große Mehrheit der Länder lässt die Förderschulen
aller Förderschwerpunkte bestehen und bietet die
Wahlfreiheit zwischen den Förderorten allgemeine Schu-
le und Förderschule.

Umsetzung und Perspektiven: Schulorganisatorische Maßnahmen

-  **Ausweitung ganztagsschulischer Angebote: Generell und insbesondere bei inklusiv arbeitenden Schulen**
-  **Bildung von Schwerpunktschulen, die in Förderschwerpunkten arbeiten, für die besondere bauliche Voraussetzungen oder/und Ausstattungen (z.B. Schallisolierung) erforderlich sind.**

Umsetzung und Perspektiven: Lehrendes Personal

-  In allen Ländern wird davon ausgegangen, dass die Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer erfordert. Eine von Fachleuten präferierte und von einzelnen Ländern realisierte Bedarfsberechnung orientiert sich an dem folgenden Berechnungsweg:
-  Der Stellenbedarf der Schüler und Schülerinnen mit Förderbedarf wird nach der S/L-Relation der aufnehmenden Schule berechnet.
-  Zusätzlich bringen die Schüler und Schülerinnen die Unterrichtsstunden mit, die auf sie in den abgebenden Förderschulen entfallen wären.

Umsetzung und Perspektiven: Lehrendes Personal

Die KMK erwartet für die fünf ostdeutschen Länder und für Berlin in den kommenden Jahren einen dauerhaften Mangel an neuen ausgebildeten sonderpädagogischen Lehrkräften. Da dieser Mangel auch für die west-deutschen Länder prognostiziert wird, kann nicht mit einem ‚Lehrkräfteimport‘ gerechnet werden.




Sicherung und Weiterentwicklung sonderpädagogischer Fachkompetenz der entsprechend ausgebildeten Lehrenden, Qualifizierung der Lehrenden allgemeiner Schulen, Reform der Lehrerbildung

Umsetzung und Perspektiven: Nicht lehrendes Personal

Die folgenden drei Personengruppen sind unabhängig von der Frage, ob in Förderschulen oder in allgemeinen Schulen unterrichtet wird, notwendig und in derzeit zu geringer Zahl eingestellt:

- Schulpsychologen
- Schulsozialarbeiter
- Integrationshelfer

Umsetzung und Perspektiven: Unterstützungssysteme

-  Einrichtung von Fachberatern für Inklusion bei der Schulaufsicht und/oder bei den Landesinstituten für Lehrerbildung
-  Weiterentwicklung von Förderschulen zu Zentren der Beratung
-  Einrichtung regionaler interdisziplinärer Beratungs- und Unterstützungsstellen für stark verhaltensschwierige Kinder und Jugendliche

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!